

Das strategische Dreieck USA-EU-NATO muss leistungsfähiger werden.

- Eine vergleichende Analyse der EU-Sicherheitsstrategie und der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA -

Einführung

Immer häufiger wird in jüngster Vergangenheit, verbunden mit kritischen Äußerungen gegenüber der Regierung von Präsident George Bush, auch ein Auseinanderdriften von Europa und den USA in sicherheitspolitischen Fragen thematisiert. So wird z.B. argumentiert, dass man diesseits und jenseits des Atlantiks ein gemeinsames Verständnis von Risiken etablieren, und das globale strategische Ziel der USA von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie mit dem der europäischen Partner von Sicherheit, Wohlstand und Entwicklung besser in Deckung bringen müsse.

Ganz aktuell hat Bundespräsident Horst Köhler in seiner Ansprache bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr am 10. Oktober d.J. zu diesem Thema ausgeführt: „Das Verhältnis zwischen den Staaten Europas, der Europäischen Union, der NATO und den Vereinigten Staaten muss neu justiert werden, denn die Interessen aller Beteiligten und ihre Beziehungen zu einander haben sich seit dem Ende des Kalten Krieges, angesichts der wachsenden Bedeutung von Staaten wie China und Indien und mit dem Kampf gegen den Terrorismus verändert.“ Beide, Verteidigungsminister Struck und Bundeskanzler Schröder, haben schon vor geraumer Zeit auf die Notwendigkeit eines neuen strategischen Dialogs zwischen Europa und den USA hingewiesen. Struck in einer Rede am 8. Februar 2004 und der Bundeskanzler fast genau ein Jahr später im Februar 2005 in seiner von Minister Struck verlesenen Ansprache bei der Münchener Sicherheitskonferenz.

Zunächst war die Verwunderung angesichts der permanenten strategischen Anpassung der NATO und nach der Verabschiedung der „Sicherheitsstrategie der EU“ durch die Staats- und Regierungschefs im Dezember 2003 groß, man hielt den Dialog für überflüssig.

Auf diesem Hintergrund ist es trotz zahlreicher kompetenter Analysen des transatlantischen Verhältnisses angezeigt, die „Sicherheitsstrategie der EU“ und die „Nationale Sicherheitsstrategie des USA“ einmal daraufhin abzuklopfen, wie breit die Basis dieser beiden Dokumente für ein gemeinsames Verständnis und einen auf die Zukunft gerichteten Dialog ist. Obwohl dem amerikanischen Präsidenten durch das „Goldwater-Nicholds-Gesetz“ aus dem Jahr 1986 zur Auflage gemacht wird, jährlich eine öffentlich zugängliche „National Security Strategy“ vorzulegen, ist Präsident Bush seit September 2002 im Verzug, eine aktuelle Version zu präsentieren. Der Irak-Krieg von 2003 und die für die US-Administration sehr kritischen Folgejahre dieses Krieges bis heute, könnten diesen Verzug begründen. Dieses wird aktuell möglicherweise durch die Hurrican-Katastrophen in New Orleans und Florida verstärkt. Diese Disaster haben für die USA unzweifelhaft strategische Dimensionen, die nach Konsequenzen und nach Thematisierung in einer Nationalen Sicherheitsstrategie rufen. Es wird der Versuch unternommen, anhand sicherheitspolitisch relevanter Aspekte jeweils beide Dokumente zu vergleichen und zu bewerten. Positiv kann bereits einleitend festgestellt werden, dass beide Dokumente von einem zeitgemäßen, erweiterten Verständnis von Sicherheitspolitik ausgehen. Diese neue Dimension von Sicherheitspolitik wird von einer Reihe relevanter Politikfelder bestimmt, um Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten. Diese Felder zu kohärenten politischen Aktionen zu führen, ist die große Herausforderung, national und im Rahmen von Bündnissen.

1. Zielsetzung

Ein zentraler Satz hinsichtlich der Zielsetzung der US-Strategie lautet: „Es ist das Ziel dieser Strategie, diese Welt nicht nur sicherer, sondern auch besser zu machen.“

Die Strategie der EU betont eingangs sehr nüchtern und fast wie selbstverständlich Rechtsstaatlichkeit und Demokratie als Grundlage für eine sich weiter vergrößernde EU.

Dem missionarischen globalen Ansatz der USA steht hier ein Europa gegenüber, das ebenfalls „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ anstrebt, so die Überschrift des EU-Dokuments. In dieser strategischen Zielsetzung sind beide Dokumente fast wortgleich, also eine gute und solide Ausgangsbasis

2. Interessen und Werte

(1) Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte.

Ein ganzes Kapitel widmet Präsident Bush den hohen moralischen Werten von Freiheit und Gerechtigkeit und dem Streben nach Achtung der Menschenwürde. Für die USA ist die Forderung, sich für diese Werte einzusetzen, nicht verhandelbar. Dazu heißt es wörtlich: „Freiheit ist eine nicht verhandelbare Forderung menschlicher Würde, das Geburtsrecht jedes Menschen in jeder Zivilisation.“ In Verfolgung dieses Ziels „sind die Vereinigten Staaten nicht nur eine stärkere, sondern auch eine freiere und gerechtere Gesellschaft“. Die USA werden sich denen entgegenstellen die sich in dieser Angelegenheit widersetzen.

Die Strategie der EU ist in diesen Punkten weniger überhöht und herausfordernd, sie betont wesentlich kürzer diesen Wertekanon als Grundlage eines Europas, das noch nie so prosperierend, frei und sicher war. „Die Etablierung des Rechtssystems und der Schutz der Menschenrechte sind die besten Mittel, um die internationale Ordnung zu stärken.“

Während das EU-Dokument einerseits die dominante Stellung der USA als militärischer Akteur herausstellt, wird andererseits deutlich gemacht: als eine Union mit 450 Millionen Menschen und ihrer Wirtschaftskraft, „sollte Europa bereit sein, die Verantwortung für globale Sicherheit zu teilen.“

Unter dem Strich ist hier kein prinzipieller Dissens zwischen den USA und Europa auszumachen, beide sehen sich in einer globalen Verantwortung für Sicherheit und Stabilität.

(2) Transatlantisches Verhältnis

Für die USA ist Europa der Sitz von zwei der stärksten und fähigsten Einrichtungen der Welt. Der NATO als Dreh- und Angelpunkt der transatlantischen und innereuropäischen Sicherheit und der EU vor allem unter wirtschaftlichen Aspekten.

Die EU-Strategie ihrerseits beschreibt die transatlantischen Beziehungen als eines der Kernelemente des internationalen Systems und bekräftigt: „die transatlantische Beziehung ist nicht zu ersetzen.“... „Unser Ziel sollte eine effektive und ausgewogene Partnerschaft mit den USA sein.“

Hier also auch eine grundsätzliche strategische Übereinstimmung.

(3) Globale Machtzentren

Aus der Sicht der zurzeit einzigen Weltmacht ist es verständlich, wenn die Strategie der USA die nationalen Interessen in allen Kontinenten in gesonderten Kapiteln eingehend beschreibt und Folgerungen ableitet. Meine vergleichende Analyse geht nicht auf alle Regionen ein. -Russland-

Unter machtpolitischen Gesichtspunkten der USA und der regionalen Sicht Europas, rückt natürlich Russland zunächst ins Blickfeld. Dazu stellt die US-Strategie fest, dass beide Staaten keine Gegner mehr sind, sondern ihr neues strategisches Verhältnis auf den Realitäten des 21. Jahrhunderts gestaltet werden. Aber es wird auch nicht verschwiegen, dass es noch Differenzen gibt, um eine dauerhafte strategische Partnerschaft zu etablieren. Dazu folgende Kernaussage: „Russlands unklare Verpflichtungen zu den grundlegenden Werten einer freien Marktwirtschaft und die dubiosen Berichte über die Bekämpfung der Proliferation von WMD's bleiben ein Anlass zur Sorge.“

Die EU-Strategie widmet Russland direkt nur wenige Zeilen und formuliert: „ wir sollten fortfahren für engere Beziehungen zu Russland zu arbeiten, ein Hauptfaktor in unserer Sicherheit und unserem Wohlergehen. Respekt für gemeinsame Werte werden den Fortschritt beschleunigen in Richtung einer strategischen Partnerschaft“.

In beiden Dokumenten wird damit indirekt deutlich, dass der Demokratisierungsprozess in Russland noch schwach ausgeprägt ist. Diese Übereinstimmung in der Beurteilung beiderseits des Atlantiks ist eine bedeutsame Feststellung.

-Nahe Osten-

Ein zweiter für beide Strategien wichtiger Bereich ist der Nahe Osten und dort in erster Linie die Lösung des Konfliktes zwischen Israel und Palästina. Die USA bekennen sich zu einem unabhängigen und demokratischen Palästina, „ das mit Israel Seite an Seite in Frieden und Sicherheit lebt.“ Sehr klar wird die Forderung an Israel gestellt, sich vollständig auf die Positionen zurück zu ziehen, die es vor dem 28.September 2000 innehatte.

Die EU-Strategie sieht in der Lösung des arabisch –isrealischen Konfliktes die Grundvoraussetzung zur Beseitigung aller anderen Probleme im Mittleren Osten. Auch für Europa ist die Zwei-Staaten-Lösung eine *conditio sine qua non*.

Wir können mit Genugtuung feststellen, dass beide Strategien auch hier große Übereinstimmungen aufweisen.

-Japan, China, Indien-

Alle drei Staaten werden von den USA als strategische Machtzentren gesehen, die für die Sicherheit und Stabilität im Südost-Asien von herausragender Bedeutung sind. Entsprechend werden die bilateralen Beziehungen thematisiert, auch mit kritischen Anmerkungen besonders gegenüber China.

Die EU-Strategie verweist sehr kurz auf die historischen und kulturellen Bindungen Europas zu allen Regionen der Welt als bedeutende Größen auf denen man bauen muss, hebt aber heraus: „ Insbesondere sollten wir uns bemühen eine strategische Partnerschaft mit Japan, China und Indien zu entwickeln...“

Auch in der Sicht zu diesen Regionen gibt es weitestgehend Konsens zwischen Europa und den USA.

3. Risiken und Bedrohungen.

(1)Internationaler Terrorismus, Massenvernichtungswaffen(WMD`s)-

Verständlicherweise steht nach dem 11.September 2001 der Krieg gegen den Terrorismus für die USA an erster Stelle. Diese Bedrohung ist das zentrale Kapitel der Bush- Strategie. In diesem Krieg machen die USA keinen Unterschied zwischen Terroristen und denen, die ihnen Unterschlupf bieten. In diesem Kampf benötigen die USA die Hilfe und Solidarität der Weltgemeinschaft.

Der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen ist ein ganzes Kapitel gewidmet. Verbunden mit der Technologie von ballistischen Flugkörpern kann die Ausbreitung von WMD`s sogar schwachen Staaten und kleinen Gruppen zu katastrophaler Macht verhelfen.

Die EU-Strategie stellt in ihrem Bedrohungskapitel den internationalen Terrorismus auch an die erste Stelle als „ eine wachsende strategische Bedrohung für ganz Europa“. Dieser globale Terrorismus ist eng verbunden mit gewalttätigem religiösem Extremismus und hat vielfältige Gründe, wie z.B. dem kulturellen und sozialen Druck, den die moderne Welt verursacht, den politischen Krisen und der Entfremdung junger Menschen, die in fremden Gesellschaften leben. Darum ist ein konzertiertes europäisches Handeln unverzichtbar.

Auch in der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sieht Europa eine besonders gefährliche Bedrohung. Die größte Furcht muss ein Szenario auslösen, „in dem terroristische Gruppen in den Besitz von WMD`s gelangen“.

Die Übereinstimmung der USA und Europas in diesen beiden Bereichen ist eine wichtige Grundlage für den gemeinsamen Kampf gegen diese Bedrohungen, der seit 2001 geführt

wird, und an dem die europäischen Staaten sich mit einem breiten Spektrum von militärischen und zivilen Mitteln beteiligen.

(2) Schurkenstaaten

Zu den großen Bedrohungen wird in beiden Strategien der Verfall staatlicher Ordnung thematisiert, mit der Folge sozialer Spannungen und regionaler Instabilität. „Rouge States“ (Schurkenstaaten) benennen die USA diesen Komplex und liefern gleich eine lange Liste von Kriterien mit, die diese Staaten beschreiben bzw. definieren.

Das EU-Dokument kennzeichnet dieses Risikofeld hingegen als „state failure“ mit von innen heraus korrodierenden Elementen und als ein Gefahrenpotential für regionale Instabilität.

Konkret werden Somalia, Liberia und Afghanistan genannt.

Aufgrund wachsender Kritik gegenüber den USA an der Bezeichnung „Schurkenstaat“ haben die USA inzwischen Abstand von dieser Bezeichnung genommen und sich in Richtung der moderateren Bezeichnung durch die EU bewegt.

Hier gilt es nur verbale Unterschiede zu konstatieren, in der Sache besteht diesseits und jenseits des Atlantiks weitgehend Konsens.

(3) Internationale organisierte Kriminalität

Die Internationale Organisierte Kriminalität vornehmlich gekennzeichnet durch Drogenhandel und illegalen Waffenhandel findet im EU-Dokument breiten Raum mit der zentralen Feststellung: „Europa ist ein vorrangiges Ziel für organisierte Kriminalität.“

Dieses Risikofeld wird in der US-Strategie nicht besonders hervorgehoben, aber dem internationalen Drogenhandel bei der regionalen Betrachtung der Welt durchaus eine große Bedeutung zugemessen.

Insgesamt kann man feststellen, dass im Bereich der Bedrohungen bzw. Risiken eine große Übereinstimmung in der Sichtweise und der Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens zwischen der EU und den USA besteht.

4. Strategische Grundsätze

(1) Präemptives Handeln/ Prävention

Hier gelangen wir zu einem vorrangigen Kritikpunkt an der US-Strategie. Die Aussagen zu „Präemption /Prävention“, führten fälschlicherweise häufig in Deutschland zu einer Bewertung der Strategie, die sich ausschließlich an diesem Grundsatz festmachte. Ein Kernsatz im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Terrorismus lautet: „Verteidigung der Vereinigten Staaten, des amerikanischen Volkes und unserer nationalen und internationalen Interessen, indem wir Bedrohungen ausmachen und ausschalten, bevor sie unsere Grenzen erreichen. Die Vereinigten Staaten werden sich ständig um die Unterstützung der internationalen Organisationen bemühen, werden aber auch nicht zögern zu handeln, wenn es notwendig werden sollte, unser Recht auf Selbstverteidigung wahrzunehmen, indem wir präemptiv gegen solche Terroristen vorgehen, und sie davon abhalten, dass sie unserem Land Schaden zufügen.“ Eine weitere Kernaussage zu diesem Komplex lautet: „Abschreckung, die allein auf der Androhung von Vergeltung beruht, macht auf die Führer von Schurkenstaaten weit weniger Eindruck, da diese bereitwillig Risiken eingehen und das Leben ihrer Bevölkerung und den Wohlstand ihrer Nation aufs Spiel setzen.“ In einer anderen Passage finden wir aber den wichtigen Hinweis, dass die USA nicht in allen Fällen Gewalt anwenden werden, um entstehenden Bedrohungen präemptiv entgegen zu wirken. Andere Staaten sollten die mögliche präemptive Vorgehensweise aber auch nicht als Vorwand zu einer Aggression ihrerseits nutzen. Die USA werden immer besonnen vorgehen und die Konsequenzen für ihr Handeln abwägen. Darüber hinaus werden die USA zur Unterstützung präemptiver Optionen sich „eng mit unseren Verbündeten abstimmen, um zu einer gemeinsamen Bewertung der gefährlichsten Bedrohungslage zu gelangen.“

In der EU-Strategie wird man vergeblich nach dem präemptiven Begriff suchen, die Prävention hingegen als Vorsorge ist für die Europäer eine wichtige Handlungsoption. So heißt es

z.B. wörtlich im Dokument: „Konfliktvorsorge und Bedrohungsvorsorge können nicht früh genug beginnen.“ Und an anderer Stelle: „Präventives Engagement kann ernsthaftere Probleme in der Zukunft verhindern.“ Die Europäer halten es für notwendig, eine strategische Kultur zu entwickeln, die eine frühe, schnelle und wenn notwendig, eine robuste Intervention fördern.“

Die amerikanische Handlungsoption hat Anfang September d. J. für neue hochpolitische Diskussionen gesorgt, als spekulative Medienberichte erschienen, die von einem angeblichen Pentagon-Papier berichteten, nach dem die USA den präemptiven Einsatz von Nuklearwaffen gegen Schurkenstaaten, die in Besitz von WMD's sind, nicht ausschließen.

Die unterschiedliche Sichtweise zwischen der EU und den USA in diesem Kapitel sind kaum auszuräumen, aber man sollte sich klar vor Augen führen, dass für die USA präemptives Handeln an eine Reihe von Bedingungen geknüpft ist, die ein undifferenziertes, verantwortungsloses Vorgehen ausschließen.

(2) Vielschichtigkeit des Handelns

In der US-Strategie ist dies nicht ausdrücklich als strategischer Grundsatz zu erkennen, aber in den unterschiedlichsten Kapiteln auszumachen, die ein kohärentes Handeln implizieren.

Die EU-Strategie hingegen weist dezidiert darauf hin: In Verfolgung der strategischen Ziele „ist für Krisenmanagement und Konfliktvorsorge das volle Spektrum von Instrumenten anzuwenden, über das wir verfügen, einschließlich politischer, diplomatischer, militärischer und ziviler Aktivitäten, Handel und Entwicklungspolitik.“ Und an anderer Stelle: „Die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus könnte eine Mischung aus Nachrichtendienst, Polizei, Justiz, Militär und anderer Mittel erfordern.“

In diesen Betrachtungen ist eine grundsätzliche Übereinstimmung festzustellen.

(3) Zusammenhag von Innerer und Äußerer Sicherheit

In Konsequenz des 11. Sept.2001 wollen die USA ein Ministerium für Innere Sicherheit schaffen, ein Zentrum, welches sich auf alle Regierungsbereiche erstreckt und die Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Sektoren unterstreicht. Dies ist aktuell inzwischen mit der Schaffung eines gigantischen Ministeriums „Homeland Defence“ vollzogen worden. In der EU-Strategie ist im Kapitel über globale Herausforderungen nachzulesen, dass interne und externe Aspekte von Sicherheit unlösbar mit einander verbunden sind. Und an anderer Stelle heisst es: „Eine bessere Koordination zwischen externen Aktionen und der Juristischen Komponente und der Politik für Innere Angelegenheiten ist entscheidend für den Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität.“

Beide Dokumente machen damit den zwingenden Verbund von Innerer und Äußerer Sicherheit deutlich.

5.Instrumente

(1)Die Rolle von Streitkräften und die zivil-militärische Komponente

Für die USA ist die Zeit gekommen, „wieder die wesentliche Rolle amerikanischer Militärmacht zu betonen.“ Aber es gilt diese Macht nach Ende des kalten Krieges, als man auf die Abschreckung großer Armeen ausgerichtet war, umzustrukturieren. Heute muss man „sich mehr darauf zu konzentrieren, wie der Gegner kämpft, anstatt darauf, wo und wann der nächste Krieg ausbricht.“ Dennoch bleibt das Abschreckungsprinzip und der globale militärische Führungsanspruch für die USA erhalten, was in der Strategie so formuliert ist: „Unsere Streitkräfte werden stark genug sein, potentielle Gegner von ihren Aufrüstungsvorhaben abzubringen, die sie in der Hoffnung auf Überlegenheit oder Gleichstellung im Hinblick auf Macht der Vereinigten Staaten betreiben.“

Für die USA ist und bleibt die Stationierung ihrer Streitkräfte in Übersee auch ein Ausdruck ihrer Verpflichtungen gegenüber Verbündeten und Freunden. Dafür benötigen die USA weiterhin Basen und Stützpunkte u.a. in Westeuropa und Nordostasien, „ebenso wie zeitweise Zugangsmöglichkeiten für die Entsendung amerikanischer Streitkräfte in weit entfernte Gegenden.“ Das US Dokument geht ausführlich auf das Erfordernis modernster Ausrüstung,

die Elemente einer innovativen Operationsführung sowie die strukturelle und inhaltliche Erneuerung der Nachrichtendienste ein.

In der EU-Strategie kommt zu dem Element Streitkräfte vergleichbar wenig Detailliertes zum Ausdruck. Europäische Streitkräfte müssen transformiert werden in „mehr flexible und bewegliche Kräfte, die sie befähigen, den neuen Bedrohungen zu begegnen. Mehr Mittel für Verteidigung und eine bessere Nutzung dieser Ressourcen ist notwendig.“

Es wird betont, dass mehr zusammengefasste (pooled) und gemeinsame(shared) Kräfte die Duplizierung reduziert und damit mittelfristig die Fähigkeiten europäischer Streitkräfte erhöht. Das EU-Dokument hebt auch die Notwendigkeit hervor, mehr zivile Ressourcen nach militärischen Kriseninterventionen in der Krisennachsorge zu nutzen.

In diesem Kapitel kann man nur grundsätzliche Übereinstimmung europäischer Überlegungen mit denen einer militärischen Supermacht ausmachen. Der technologische Vorsprung der USA, ihre fast unbegrenzten finanziellen Mittel und ihre Vormachtstellung im Weltraum, markieren deutliche Unterschiede zu europäischen Fähigkeiten.

(2) Nachrichtendienste

Im gemeinsamen Kampf gegen den internationalen Terrorismus spielt eine bessere nachrichtendienstliche Zusammenarbeit eine große Rolle. Dazu lesen wir im US-Dokument: „Nachrichtendienste müssen angemessen in unsere Verteidigungs- und Strafverfolgungssysteme eingebunden werden und mit unseren Verbündeten und Freunden abgestimmt werden.“

Die EU-Strategie verweist auf die große Bedeutung gemeinsamer Bedrohungsanalysen für ein effektives und gemeinsames Handeln, was wiederum ein verbessertes Abgleichen von Aufklärungserkenntnissen erfordert.

Hier erkennen wir durchaus kohärente Elemente diesseits und jenseits des Atlantiks, die es konkret zu gestalten gilt. Nun wird man nicht erwarten können, dass dieses sensible Feld internationaler Kooperation in öffentlich zugänglichen Dokumenten im Detail vertieft wird.

(3) Die neue NATO

Das US-Dokument widmet der Allianz einen relativ breiten Raum, in dem neue Fähigkeiten und Strukturen angemahnt werden, um den neuen Bedrohungen zu begegnen. „Die NATO muss die Fähigkeit entwickeln, in kurzer Zeit sehr flexible, besonders ausgebildete Streitkräfte dorthin zu entsenden, wo sie gebraucht werden...“

Detaillierter werden dann u.a. folgende Forderungen erhoben:

- Erweiterung der NATO-Mitgliedschaft auf Staaten, die willens und in der Lage sind die gemeinsamen Interessen zu verteidigen und zu fördern,
- NATO Streitkräfte müssen befähigt sein, einen angemessenen Beitrag zu Kampfeinsätzen der Koalition zu leisten,
- technologische und Kostenvorteile sind zu nutzen, um mit den Verteidigungsausgaben die Streitkräfte der NATO umzustrukturieren,
- die Flexibilität der Kommandostrukturen ist zu verbessern,
- mit neuen Streitkräftekonfigurationen muss experimentiert werden.

Dieser Forderungskatalog wurde nur zwei Monate später mit der „Budapester Erklärung“ der NATO vollzogen. Konkret ist inzwischen u.a. die NATO-Response Force geschaffen und das NATO Kommando „Transformation“ in Norfolk unter Wegfall des strategischen Kommandos „SACLANT“ eingerichtet worden.

Das EU-Dokument, ganz ausgerichtet natürlich auf die Etablierung europäischer Fähigkeiten, widmet der NATO nur eine kleine Passage. So verweist die EU-Strategie auf die zentrale und inzwischen auch in der Realität bewährte EU-NATO-Vereinbarung, „Berlin Plus“, als wichtigstem operationellem Element der „strategischen Partnerschaft zwischen beiden Organisationen im Krisenmanagement“.

Die US-Sicherheitsstrategie begnügt sich andererseits damit, in nur einem Satz auf die „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP) hinzuweisen: „Gleichzeitig be-

grüßen wir die Bemühungen, unserer Verbündeten in Europa, eine größere europäische außen- und verteidigungspolitische Identität in der EU aufzubauen.“

Die in der Ausführlichkeit unterschiedliche Darstellung beider Strategien in diesem Kapitel kann nicht als politisch abwertende Erkenntnis interpretiert werden, weil das Bündnis in keiner Weise zur Disposition steht, sondern sich über Jahrzehnte auf bewährten historischen, substantiellen und vertraglichen Elementen gründet. Die ständige Anpassung der Allianz an die veränderten strategischen Rahmenbedingungen, insbesondere von ehemals rein transatlantische in nunmehr globale Dimensionen für Stabilität und Sicherheit sprechen für sich.

(3) Entwicklungshilfe

Beide Dokumente bekennen sich zu diesem Politikfeld, das in der neuen Sicherheitspolitik einen wichtigen Platz einnimmt.

Die USA werden: „Entwicklungshilfe zur Förderung von Freiheit verwenden und diejenigen unterstützen, die sich gewaltfrei dafür einsetzen.“ Dabei kommt es den USA darauf an, die Verbindung von Handel und Entwicklung zu fördern, um in den Entwicklungsländern stabile staatliche, gesellschaftliche und ökonomischen Strukturen zu erreichen. Die USA planen eine Erhöhung ihrer Mittel für Entwicklungshilfe um 50% und appellieren an andere Industriestaaten, zusammen ein ehrgeiziges Ziel zu verfolgen, die Volkswirtschaften in den ärmsten Ländern der Welt in zehn Jahren zu verdoppeln.

Das EU-Dokument begnügt sich mit einer sehr viel kürzeren Betrachtung, macht aber gleichzeitig den sicherheitspolitischen Zusammenhang von Entwicklungspolitik deutlich. Dabei ist es eine besondere Herausforderung nunmehr die verschiedenen Instrumente und Fähigkeiten zusammen zu führen: „Europäische Hilfsprogramme und den Entwicklungsfond, militärische und zivile Fähigkeiten der Mitgliedstaaten...all dies kann Einfluss auf unsere Sicherheit und die der Staaten der Dritten Welt haben. Sicherheit ist die erste Bedingung für Entwicklung.“ In punkto Entwicklungshilfe sind die EU-Staaten den USA weit voraus; insofern sind Appelle der USA etwas realitätsfern. Im Grundsatz herrscht aber Übereinstimmung in der Zielsetzung.

6. Gesamtbewertung

Die Analyse der beiden einzigen strategischen Dokumente von EU und den USA hat gezeigt, dass diesseits und jenseits des Atlantiks die Grundzüge einer globalen Sicherheitspolitik große Übereinstimmung aufweisen. Dieses kann angesichts der historisch begründeten gemeinsamen Werte nicht überraschen und ist aktuell vor allem in der übereinstimmenden Bewertung der neuen globalen Risiken und Bedrohungen beruhigend.

Andererseits haben die nationalen Interessen einer einzig verbliebenen Weltmacht, naturgemäß ein großes Gewicht. Dem stehen die Interessen von 25 souveränen EU-Staaten gegenüber, die es zu harmonisieren gilt.

Die sehr ausgewogene EU-Sicherheitsstrategie muss man als Konzeption verstehen, der zur konkreten Umsetzung Programme folgen müssen. Einiges ist bereits auf gutem Wege, wie z.B. die Schaffung einer „European- Police- Force“ oder das militärische Instrument von „Battle- Groups“ die zur Krisenbewältigung und Konflikt-Prävention zur Verfügung stehen. Die erfolgreichen EU-Operationen in Mazedonien, dem Sudan und aktuell in Bosnien-Herzegowina sind sichtbarer Ausdruck europäischen Bemühungen.

Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA betont am Ende der jeweiligen Kapitel immer konsequent, was die USA zur Umsetzung machen werden. Hier steht dem amerikanischen „wir werden“ auf europäische Seite häufig ein „wir müssen“ gegenüber.

Trotz der großen Übereinstimmungen muss das strategische Dreieck USA-Europa-NATO leistungsfähiger werden. Wenn Bundespräsident Köhler eine „Neujustierung“ empfiehlt, liefern die beiden Grundsatzdokumente einen guten Rahmen für einen Dialog EU-USA. Ein formales Gremium, in dem alle EU-Staaten und die USA für diesen Dialog vertreten sind, gibt es nicht. Der NATO-Rat kommt nicht in Frage, weil nicht alle NATO-Staaten EU-Mitglied sind und umgekehrt nicht alle EU-Staaten NATO-Mitglied. Verbleibt ein EU-NATO- Gipfel; dieser würde wahrscheinlich die USA hinsichtlich ihrer Weltmachtrolle sehr

einengen, da sie in diesem Rahmen nur einer unter 26 Mitgliedstaaten sind. Zu einem EU-Gipfel den amerikanischen Präsidenten einzuladen ist hingegen praktikabel und könnte zu einer ständigen Einrichtung werden. Darüber hinaus muss das Beziehungsgeflecht EU-NATO formal gestärkt und noch mehr zur Routine der sicherheitspolitischen Arbeit in Brüssel werden; dies gilt für alle Ebenen der politischen wie militärischen Organe.

Europäischer Rat, Ministerrat, Politisches-und Sicherheitspolitisches Komitee(inkl. ziviler Unterorgane), EU-Militärausschuss , EU-Militärstab auf der einen Seite, NATO-Rat, DPC (Verteidigungs-Planungsausschuss), Militärausschuss auf der anderen Seite.

Die Idee, ein gemeinsames Grundsatzdokument „Sicherheitspolitik“ zwischen der EU und den USA zu entwickeln ist wenig realistisch, weil es dem Führungsanspruch der USA nicht gerecht werden könnte. Bleibt also der pragmatische Weg, wie oben skizziert.

Im Dialog des strategischen Dreiecks EU-USA-NATO gilt es natürlich andere strategische Spieler wie Russland, China, Indien und Japan nicht außen zu lassen, wie es in beiden Grundsatzdokumenten zum Ausdruck kommt. Russland ist andererseits vertraglich als strategischer Partner der NATO bereits partiell mit an Bord.

Mit einem Schlusssatz aus der EU- Sicherheitsstrategie kommt eine Zielsetzung zum Ausdruck, die auf allen sicherheitspolitisch verantwortlichen Ebenen diesseits und jenseits des Atlantik ständig im Blick gehalten werden sollte(wegen seiner prägnanten Formulierung wird der englische Originaltext zitiert):

„Acting together , the European Union and the United States can be a formidable force for good in the world.“